

2010**Ausgegeben zu Bonn am 5. März 2010****Nr. 4**

Tag	Inhalt	Seite
4. 1.2010	Bekanntmachung des deutsch-armenischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	74
8. 1.2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt	76
11. 1.2010	Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen	78
19. 1.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	88
19. 1.2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 7. Dezember 2005 zur Änderung des Abkommens vom 20. Juni 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinten Nationen und dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen über den Sitz des Sekretariats des Übereinkommens	88
20. 1.2010	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über Staatenimmunität	89
26. 1.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	90
27. 1.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	91
28. 1.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation	93
3. 2.2010	Bekanntmachung über das teilweise Außerkrafttreten des deutsch-sowjetischen Vertrags über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation	93
3. 2.2010	Bekanntmachung über das teilweise Außerkrafttreten des deutsch-sowjetischen Vertrags über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine	94
3. 2.2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-armenischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	95
3. 2.2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-armenischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	95
4. 2.2010	Bekanntmachung des deutsch-nepalesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	96
9. 2.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen	98
9. 2.2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls vom 8. Dezember 2005 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Annahme eines zusätzlichen Schutzzeichens (Protokoll III)	100
9. 2.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	101
9. 2.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	101
19. 2.2010	Bekanntmachung des deutsch-armenischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	102

Den Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird die am 10. Februar 2010 ausgegebene Neuauflage des Fundstellennachweises B (Völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands), abgeschlossen am 31. Dezember 2009, gesondert übersandt.

**Bekanntmachung
des deutsch-armenischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 4. Januar 2010

Das in Eriwan am 7. April 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über Finanzielle Zusammenarbeit zum Vorhaben „Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien“ (Zusagejahr 2003) ist nach seinem Artikel 5

am 31. Mai 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. Januar 2010

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Friedrich Kitschelt

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Armenien
über Finanzielle Zusammenarbeit
Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien
Zusagejahr 2003**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Armenien –

unter Bezugnahme auf die Regierungsgespräche vom 25. bis
26. Mai 2004 –

sind wie folgt übereingekommen:

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Armenien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und
zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Bezie-
hungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der Republik Armenien beizutragen,

im Bestreben, die ökologische Vielfalt des Kaukasus zu erhal-
ten,

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Republik Armenien und anderen, von
beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern,
von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, fol-
genden Betrag zu erhalten:

einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu insgesamt
2 200 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen zweihunderttausend
Euro) für das Vorhaben

„Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien“ (Phase I),
wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens
festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einverneh-
men zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung der Republik Armenien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Armenien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen ebenfalls Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(2) Die Regierung der Republik Armenien, soweit sie nicht Empfänger des Finanzierungsbeitrages ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsvertrages entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Armenien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Armenien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Armenien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Armenien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgeblich ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Eriwan am 7. April 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Peitsch

Für die Regierung der Republik Armenien

Vartan Khatchatryan

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens vom 9. September 1996
über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen
in der Rhein- und Binnenschifffahrt**

Vom 8. Januar 2010

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2003 zu dem Übereinkommen vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt (BGBl. 2003 II S. 1799, 1800) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 für die

Bundesrepublik Deutschland

am 1. November 2009

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde war am 10. März 2004 beim Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt in Straßburg hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende weitere Staaten am 1. November 2009 in Kraft getreten:

Belgien

Frankreich

Luxemburg

nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen

Niederlande

Schweiz.

II.

Luxemburg hat bei Unterzeichnung die nachfolgend abgedruckten Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement luxembourgeois est autorisé à désigner comme institution nationale aux termes de l'article 9 (1) de la Convention une institution nationale d'un Pays-Membre de l'Union Européenne.

„Die luxemburgische Regierung ist berechtigt, als innerstaatliche Institution nach Artikel 9(1) des Übereinkommens eine innerstaatliche Institution eines Mitgliedstaates der Europäischen Union zu bezeichnen.

Les infractions aux dispositions des articles 3 (1), 11, 12 (2) et 13 de la Convention relative à la collecte, au dépôt et à la réception des déchets survenant en navigation rhénane et intérieure, ainsi que les infractions aux dispositions des articles 2.01 (1) et (2), 2.02, 2.03 (1) et (2), 3.03 (1) 2^{ème} alinéa, 6.01 (1) et (3), 6.03, 7.01, 7.03, 7.04 (1) et (2), 7.05 (1) et (2), 7.09, 9.01, 9.03 et 10.01 du règlement d'Application prévu à l'annexe 2 à la Convention sont punies d'une amende de dix mille et un à vingt-cinq mille francs.

Zuwiderhandlungen gegen die Artikel 3(1), 11, 12(2) und 13 des Übereinkommens über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt sowie Zuwiderhandlungen gegen die Artikel 2.01(1) und (2), 2.02, 2.03(1) und (2), 3.03(1) 2. Absatz, 6.01(1) und (3), 6.03, 7.01, 7.03, 7.04(1) und (2), 7.05(1) und (2), 7.09, 9.01, 9.03 und 10.01 werden mit einer Geldbuße zwischen zehntausend und eins und fünfundzwanzigtausend Francs belegt.

Les infractions sont constatées par les procès-verbaux soit des agents de la Police grand-ducale, soit des agents du Service de la Navigation de la carrière moyenne de l'ingénieur-technicien conformément aux dispositions de l'article 12 de la loi modifiée du 24 janvier 1990 portant création et organisation d'un tribunal pour la navigation de la Moselle.»

Die Zuwiderhandlungen werden durch Protokolle der großherzoglichen Polizeibeamten oder der Bediensteten des Schiffsamtes der mittleren Laufbahn der technischen Ingenieure gemäß Artikel 12 des Änderungsgesetzes vom 24. Januar 1990 zur Einrichtung und Ordnung eines Moselschiffahrtsgerichts festgestellt.“

Berlin, den 8. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Kremp

**Bekanntmachung
über die vorläufige Anwendung
des Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3
des Vertrags über die Europäische Union
über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit
der Zollverwaltungen**

Vom 11. Januar 2010

I.

Das Übereinkommen vom 18. Dezember 1997 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen (BGBl. 2002 II S. 1387, 1388) ist nach seinem Artikel 32 Absatz 4 für folgende weitere Staaten nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen vorläufig anwendbar:

Belgien	mit Wirkung vom	14. Juni 2007
Finnland	mit Wirkung vom	25. August 2004
Griechenland	mit Wirkung vom	29. Oktober 2008
Irland	mit Wirkung vom	28. Juni 2004
Luxemburg	mit Wirkung vom	3. Mai 2006
Portugal	mit Wirkung vom	17. Oktober 2004.

Ferner ist das Übereinkommen nach seinem Artikel 33 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 32 Absatz 4 für folgende weitere Staaten vorläufig anwendbar:

Bulgarien	mit Wirkung vom	3. Mai 2007
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Estland	mit Wirkung vom	11. Mai 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Litauen	mit Wirkung vom	26. August 2004
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Malta	mit Wirkung vom	13. Juli 2007
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Polen	mit Wirkung vom	2. Februar 2006
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Slowakei	mit Wirkung vom	2. August 2006
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Slowenien	mit Wirkung vom	6. Oktober 2004
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Tschechische Republik	mit Wirkung vom	28. April 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Zypern	mit Wirkung vom	13. Oktober 2004
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung.		

II.

Erklärungen und Vorbehalte

Belgien hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 16. März 2007 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

“In accordance with Article 32(4) of the Convention, the Kingdom of Belgium declares that, until the Convention enters into force, as far as Belgium is concerned, the Convention, with the exception of Art-

„Das Königreich Belgien erklärt gemäß Artikel 32 Absatz 4 des Übereinkommens, dass es dieses Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten – mit Ausnahme des Artikels 26 – gegenüber den Mitgliedstaa-

icle 26 thereof, is to apply to its relations with Member States that have made a similar declaration.

The Kingdom of Belgium declares that it accepts the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities in accordance with the arrangements laid down in Article 26(5)(b) of the Convention."

Bulgarien hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 22. Februar 2007 die folgenden Erklärungen notifiziert:

"In accordance with Article 20, paragraph 8 of the Convention the Republic of Bulgaria declares that it is not bound by the provisions of Article 20.

In accordance with Article 21, paragraph 5 of the Convention the Republic of Bulgaria declares that it is not bound by the provisions of Article 21.

In accordance with Article 23, paragraph 5 of the Convention the Republic of Bulgaria declares that it is not bound by the provisions of Article 23.

In accordance with Article 26, paragraph 4 of the Convention the Republic of Bulgaria declares that it accepts the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities in accordance with the procedures laid down in Article 26 (5) (b).

In accordance with Article 32, paragraph 4 of the Convention the Republic of Bulgaria declares that as far as it concerns this Convention, with the exception of Article 26 thereof, will apply it in its relations with the Member States which have made the same declaration."

ten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwenden wird.

Das Königreich Belgien erklärt, dass es die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Artikels 26 Absatz 5 Buchstabe b des Übereinkommens anerkennt."

(Übersetzung des Ratssekretariats)

„Die Republik Bulgarien erklärt gemäß Artikel 20 Absatz 8 des Übereinkommens, dass sie durch die Bestimmungen des Artikels 20 nicht gebunden ist.

Die Republik Bulgarien erklärt gemäß Artikel 21 Absatz 5 des Übereinkommens, dass sie durch die Bestimmungen des Artikels 21 nicht gebunden ist.

Die Republik Bulgarien erklärt gemäß Artikel 23 Absatz 5 des Übereinkommens, dass sie durch die Bestimmungen des Artikels 23 nicht gebunden ist.

Die Republik Bulgarien erklärt gemäß Artikel 26 Absatz 4 des Übereinkommens, dass sie die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Verfahrens nach Artikel 26 Absatz 5 Buchstabe b anerkennt.

Die Republik Bulgarien erklärt gemäß Artikel 32 Absatz 4 des Übereinkommens, dass sie für die Zwecke dieses Übereinkommens – mit Ausnahme von dessen Artikel 26 – in ihren Beziehungen zu den Mitgliedstaaten, die dieselbe Erklärung abgegeben haben, dieses Übereinkommen anwenden wird."

Estland hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 10. Februar 2005 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"1) according to Article 20 paragraph 2(a) of the Convention the pursuing officers of another Member State shall not have the right to apprehend a person in the territory of the Republic of Estonia;

2) according to Article 20 paragraph 3 of the Convention the pursuit carried on as from the crossing of its border shall be without limit in space or time;

3) according to Article 20 paragraph 4 (e) of the Convention the pursuing officers may carry their service weapons on the basis of reciprocity;

4) according to Article 26 paragraph 4 of the Convention a court of Estonia may request the European Court of Justice to give a preliminary ruling on a question concerning the interpretation of the Convention raised in a case pending before it, if that court considers that a decision on that question is necessary to enable it to give judgment;

„1) Gemäß Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens haben die nacheilenden Bediensteten eines anderen Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet der Republik Estland kein Festhalterecht.

2) Gemäß Artikel 20 Absatz 3 des Übereinkommens wird die Nacheile vom Überschreiten der estnischen Grenze an ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung ausgeübt.

3) Gemäß Artikel 20 Absatz 4 Buchstabe e des Übereinkommens dürfen die nacheilenden Bediensteten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ihre Dienstwaffen mit sich führen.

4) Gemäß Artikel 26 Absatz 4 des Übereinkommens kann ein estnisches Gericht dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eine Frage zur Auslegung des Übereinkommens, die sich in einem bei ihm anhängigen Verfahren stellt, zur Vorabentscheidung vorlegen, wenn dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.

5) according to Article 32 paragraph 4 of the Convention the Convention, with the exception of Article 23 thereof, shall apply to its relations with Member States that have made the same declaration;

2. the Tax and Customs Board shall inform the depositary of the officers to whom Article 20 paragraph 1 and Article 21 paragraph 1 of the Convention apply;

3. the designated authority referred to in Article 21 paragraph 1 of the Convention, is the Tax and Customs Board."

5) Gemäß Artikel 32 Absatz 4 des Übereinkommens ist das Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 23 für Estland gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar.

2. Das Steuer- und Zollamt teilt dem Verwahrer die Bediensteten mit, auf die Artikel 20 Absatz 1 und Artikel 21 Absatz 1 des Übereinkommens Anwendung finden.

3. Die bezeichnete Behörde gemäß Artikel 21 Absatz 1 des Übereinkommens ist das Steuer- und Zollamt."

Finnland hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 27. Mai 2004 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"Re Article 20 of the Convention:

Under Article 20 a pursuing officer has the right to apprehend in accordance with Article 20(2)(b) and the right to pursuit applies in accordance with article 20(3)(b) without limits in space or time.

Re Article 26(4) and (5)(b) of the Convention:

Any Finnish court or tribunal may request the Court of Justice of the European Communities to give a preliminary ruling in the situations referred to in the Article.

Re Article 32(4) of the Convention:

The Convention, with the exception of Article 26 thereof, shall apply until its entry into force to Finland's relations with other Member States that have made a declaration to the same effect."

„Artikel 20 des Übereinkommens:

Die Bediensteten, die die Nachteile gemäß Artikel 20 ausüben, haben das Festhalterrecht gemäß Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b, und das Nachteilrecht gilt gemäß Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe b ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung.

Artikel 26 Absatz 4 und Absatz 5 Buchstabe b des Übereinkommens:

Jedes finnische Gericht kann in den in dem Artikel genannten Fällen den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um Vorabentscheidung ersuchen.

Artikel 32 Absatz 4 des Übereinkommens:

Bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens ist das Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 26 für Finnland gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar."

Griechenland hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 20. Juni 2000 sowie am 31. Juli 2008 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"The Hellenic Republic states, pursuant to Article 20(8) (hot pursuit) of the Convention on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, that it is not bound by the provisions of that Article.

The Hellenic Republic states, pursuant to Article 21(5) (cross-border surveillance) of the Convention on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, that it is not bound by the provisions of that Article.

The Hellenic Republic states, pursuant to Article 23(5) (covert investigations) of the Convention on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, that it is not bound by the provisions of that Article.

„Die Hellenische Republik erklärt in Anwendung des Artikels 20 Absatz 8 (Grenzüberschreitende Nachteile) des Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen, dass die Hellenische Republik durch diesen Artikel nicht gebunden ist.

Die Hellenische Republik erklärt in Anwendung des Artikels 21 Absatz 5 (Grenzüberschreitende Observation) des Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen, dass die Hellenische Republik durch diesen Artikel nicht gebunden ist.

Die Hellenische Republik erklärt in Anwendung des Artikels 23 Absatz 5 (verdeckte Ermittlungen) des Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen, dass die Hellenische Republik durch diesen Artikel nicht gebunden ist.

Pursuant to Article 32(4) (Entry into force) of the Convention on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, the Republic of Greece declares that the Convention, with the exception of Article 26 thereof, shall apply to its relations with Member States that have made the same declaration."

Die Hellenische Republik erklärt gemäß Artikel 32 Absatz 4 (Inkrafttreten) des Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen, dass dieses Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 26 in ihren Beziehungen zu den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar ist."

Irland hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 30. März 2004 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"Ireland declares that:

- it is not bound by Article 20, or by any part thereof, of the Convention, drawn up on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, done at Brussels on 18 December 1997. This Declaration is made pursuant to Article 20(8) of that Convention;
- it is not bound by Article 21, or by any part thereof, of the Convention, drawn up on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, done at Brussels on 18 December 1997. This Declaration is made pursuant to Article 21(5) of that Convention;
- it is not bound by Article 23, or by any part thereof, of the Convention, drawn up on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, done at Brussels on 18 December 1997. This Declaration is made pursuant to Article 23(5) of the Convention.

„Die Regierung Irlands erklärt hiermit, dass sie durch Artikel 20 des am 18. Dezember 1997 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen oder Teile dieses Artikels nicht gebunden ist. Diese Erklärung erfolgt gemäß Artikel 20 Absatz 8 dieses Übereinkommens.

Die Regierung Irlands erklärt hiermit, dass sie durch Artikel 21 des am 18. Dezember 1997 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen oder Teile dieses Artikels nicht gebunden ist. Diese Erklärung erfolgt gemäß Artikel 21 Absatz 5 dieses Übereinkommens.

Die Regierung Irlands erklärt hiermit, dass sie durch Artikel 23 des am 18. Dezember 1997 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen oder Teile dieses Artikels nicht gebunden ist. Diese Erklärung erfolgt gemäß Artikel 23 Absatz 5 dieses Übereinkommens.

Declaration pursuant to Article 32(4):

As far as Ireland is concerned the said Convention, with the exception of Article 26 thereof, shall apply to its relations with Member States that have made the same declaration."

Erklärung gemäß Artikel 32 Absatz 4:

Für Irland ist das genannte Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 26 gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar."

Litauen hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 28. Mai 2004 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"Whereas, the Seimas of the Republic of Lithuania states that until consultations necessary for the application of equivalent procedures have been held with other interested Member States of the European Union, the Republic of Lithuania has no possibilities to make a declaration specified in Article 20 (6) of the Convention.

Whereas, pursuant to Article 26 (4) of the Convention, the Seimas of the Republic of Lithuania states that the Republic of Lithuania recognises that the Court of Justice of the European Communities has juris-

„Der Seimas der Republik Litauen erklärt, dass die Republik Litauen erst dann eine Erklärung gemäß Artikel 20 Absatz 6 des Übereinkommens abgeben kann, wenn die für die Anwendung gleichwertiger Verfahren erforderliche Abstimmung mit den anderen betroffenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfolgt ist.

Gemäß Artikel 26 Absatz 4 des Übereinkommens erklärt der Seimas der Republik Litauen, dass die Republik Litauen die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für Vorabent-

diction, pursuant to the conditions laid down in Article 26 (5)(b) of this Convention, to give preliminary rulings concerning the interpretation of the Convention.

Whereas, pursuant to Article 33 (5) of the Convention, the Seimas of the Republic of Lithuania states that in case this Convention has not entered into force by the time of the deposit by the Republic of Lithuania of its instrument of accession, the Convention, except for its Article 23, shall apply in respect of the relations of the Republic of Lithuania with the other Member States of the European Union who have made the same declaration."

scheidungen zur Auslegung dieses Übereinkommens nach Maßgabe des Artikels 26 Absatz 5 Buchstabe b des Übereinkommens anerkennt.

Gemäß Artikel 33 Absatz 5 des Übereinkommens erklärt der Seimas der Republik Litauen, dass dieses Übereinkommen, sollte es zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Beitrittsurkunde durch die Republik Litauen noch nicht in Kraft getreten sein, mit Ausnahme des Artikels 23 auf die Beziehungen der Republik Litauen zu den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, Anwendung findet."

Luxemburg hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 30. Juli 2001 die folgenden Erklärungen und den Vorbehalt notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

«Je vous notifie également que la loi d'approbation luxembourgeoise contient les réserves suivantes:

Article 2 – Les formes particulières de coopération prévues aux articles 21 à 24 de la Convention sont soumises à l'accord du Procureur d'Etat territorialement compétent.

En cas de poursuite au-delà des frontières prévues à l'article 20 de la Convention, la demande d'interrompre la poursuite émane du Procureur d'Etat territorialement compétent.

Article 3 – Le Grand-Duché de Luxembourg accepte la compétence de la Cour de Justice des Communautés Européennes selon les modalités prévues à l'article 26, paragraphe 5, point b), de la Convention."

„Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, dass das luxemburgische Zustimmungsgesetz folgende Vorbehalte enthält:

Artikel 2 – Für die besonderen Formen der Zusammenarbeit gemäß Artikel 21 bis 24 des Übereinkommens ist die Zustimmung des örtlich zuständigen Staatsanwalts erforderlich.

Im Falle der grenzüberschreitenden Nacheile gemäß Artikel 20 des Übereinkommens wird die Einstellung der Verfolgung von dem örtlich zuständigen Staatsanwalt angeordnet.

Artikel 3 – Der Großherzog Luxemburgs erkennt die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Artikels 26 Absatz 5 Buchstabe b des Übereinkommens an."

Luxemburg hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 2. Februar 2006 die folgende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

«Le Grand-Duché de Luxembourg déclare appliquer de manière anticipée la Convention établie sur la base de l'article K.3 du Traité sur l'Union européenne, relative à l'assistance mutuelle et à la coopération entre les administrations douanières, à l'exception de son article 26, dans ses rapports avec les Etats membres qui ont fait ou feront une déclaration similaire sur la base de l'article 32, paragraphe 4 de la Convention."

„Das Großherzogtum Luxemburg erklärt, dass es das Übereinkommen aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen mit Ausnahme von Artikel 26 des Übereinkommens in den Beziehungen zu denjenigen Mitgliedstaaten, die eine ähnliche Erklärung nach Artikel 32 Absatz 4 des Übereinkommens abgegeben haben oder abgeben werden, vorzeitig anwendet."

Malta hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 5. Juli 2007 die folgende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"Malta declares that as far as it is concerned and until this Convention enters into force, the said Convention with the exception of Article 26 thereof, shall apply to its relations with Member States that have made the same Declaration under Article 32(4)."

„Malta erklärt, dass dieses Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten mit Ausnahme des Artikels 26 für Malta gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts nach Artikel 32 Absatz 4 abgegeben haben, anwendbar ist."

Polen hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 4. November 2005 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

„Declaration pursuant to Article 20(8) (hot pursuit):

The Republic of Poland declares that Article 20 of this Convention shall not bind the Republic of Poland.

Declarations pursuant to Article 21(5) (cross border surveillance):

The Republic of Poland declares that Article 21 of this Convention can be applied by the competent authorities of other Member States in respect of the Republic of Poland in accordance with the principle of reciprocity.

The Republic of Poland also declares that officers of the competent authorities of Member States may carry their service weapons into the territory of the Republic of Poland but may use them only in cases of legitimate self-defence, as laid down in Article 25 of the Law of 6 June 1997 – Penal Code (O.J. of 1997, No 88, item 553, as amended).“

„Erklärung nach Artikel 20 Absatz 8 (Grenz-überschreitende Nacheile):

Die Republik Polen erklärt, dass die Republik Polen durch Artikel 20 des Übereinkommens nicht gebunden ist.

Erklärungen nach Artikel 21 Absatz 5 (Grenzüberschreitende Observation):

Die Republik Polen erklärt, dass die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten Artikel 21 des Übereinkommens gegenüber der Republik Polen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit anwenden können.

Die Republik Polen erklärt ferner, dass die Beamten der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Hoheitsgebiet der Republik Polen Dienstwaffen mit sich führen dürfen, von denen ausschließlich im Falle der Notwehr Gebrauch gemacht werden darf, wie in Artikel 25 des Gesetzes vom 6. Juni 1997 Strafgesetzbuch festgelegt (Gesetzblatt Nr. 88, 1997 Position 553, mit späteren Änderungen).“

Portugal hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 19. Juli 2004 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

“1. In accordance with Article 20(6) of the Convention, the Portuguese Republic declares that officers of the customs administrations of Member States may continue pursuit in the territory of the Portuguese Republic subject to the following conditions:

- (a) the pursuing officers may not arrest the pursued person;
- (b) the pursuit can be completed up to 50 km from the border or for two hours.

2. In accordance with Article 26(4) of the Convention, the Portuguese Republic declares that:

- (a) it accepts the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities to give preliminary rulings on the interpretation of the Convention;
- (b) to that end, in accordance with the rules set out in Article 26(5)(b), any national court or tribunal may submit to the Court of Justice a question raised in a case pending before it and concerning the interpretation of the Convention if that court or tribunal considers that a decision on the question is necessary to enable it to give judgment.

3. In accordance with Article 32(4), the Portuguese Republic declares that the present Convention, with the exception of Article 26 thereof, shall apply to its relations with Member States that have made the same declaration.“

„1. Gemäß Artikel 20 Absatz 6 des Übereinkommens erklärt die Portugiesische Republik, dass die Bediensteten der Zollverwaltungen der Mitgliedstaaten die Nacheile auf dem Gebiet der Portugiesischen Republik unter folgenden Voraussetzungen fortsetzen dürfen:

- a) Die nacheilenden Bediensteten dürfen die verfolgte Person nicht festnehmen.
- b) Die Nacheile darf über eine Entfernung von bis zu 50 km von der Grenze bzw. über einen Zeitraum von zwei Stunden erfolgen.

2. Gemäß Artikel 26 Absatz 4 des Übereinkommens erklärt die Portugiesische Republik Folgendes:

- a) Die Portugiesische Republik erkennt die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für Vorabentscheidungen zur Auslegung des Übereinkommens an.
- b) Zu diesem Zweck kann gemäß Artikel 26 Absatz 5 Buchstabe b jedes nationale Gericht dem Gerichtshof eine Frage zur Auslegung des Übereinkommens, die sich in einem bei ihm anhängigen Verfahren stellt, zur Vorabentscheidung vorlegen, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.

3. Gemäß Artikel 32 Absatz 4 erklärt die Portugiesische Republik, dass das Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 26 für sie gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar ist.“

Die Slowakei hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 4. Mai 2006 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

„Re Articles 1 (2) and 3 (2):

The Slovak Republic declares that the term 'judicial authority' for the purpose of this Convention in the Slovak Republic means the Ministry of Justice, General Prosecutor Office, all courts and prosecutor offices regardless of its designation.

Re Article 20 (1):

The Slovak Republic informs depository of the following:

Officers carrying out hot pursuit under conditions of Article 20 (1) means customs officers of Customs Administration.

Re Article 20 (6):

The Slovak Republic informs that since consultations to be held with respective Member States with a view to obtaining equivalent arrangements in those States have not yet taken place, it is unable to make the declaration referred to in Article 20 (6) concerning procedures for implementing pursuit in its territory. Slovak Republic will make declaration after conducting consultations with respective Member States.

Re Article 20 (8):

The Slovak Republic declares that it accepts the provisions of Article 20 subject to the following conditions: in a case of a hot cross-border pursuit exercised by the customs authorities of another Member State or through the airspace, such pursuit may be extended in the Slovak territory, including the airspace above Slovak territory, only if the competent Slovak authorities have given prior consent thereof and at the same time the Member States exercise reciprocal measures to customs administration of the Slovak Republic.

Re Article 21 (1):

Officers, under conditions of this Article, are in the Slovak Republic officers of the Special Unit of the Police Force – or Customs Administration of the Slovak Republic. Authority designated for this purpose in the Slovak Republic is Customs Criminal Office – Central Coordinating Unit.

Re Article 21 (5):

The Slovak Republic declares that it accepts provisions of Article 21 subject to the following conditions:

cross-border surveillance without prior authorisation may be carried out only in accordance with Article 21 (2) and (3) if there are serious grounds for suspicion that the persons under observation are involved

„Zu Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 2:

Die Slowakische Republik erklärt, dass der Begriff ‚Justizbehörden‘ bzw. ‚Justizbehörde‘ im Sinne dieses Übereinkommens in der Slowakischen Republik das Justizministerium, die Generalstaatsanwaltschaft sowie sämtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften ungeachtet ihrer Bezeichnung bedeutet.

Zu Artikel 20 Absatz 1:

Die Slowakische Republik teilt dem Verwahrer Folgendes mit:

Bei den Bediensteten, die gemäß Artikel 20 Absatz 1 eine grenzüberschreitende Nach-eile durchführen, handelt es sich um Zollbedienstete der Zollverwaltung.

Zu Artikel 20 Absatz 6:

Die Slowakische Republik teilt mit, dass die erforderliche Abstimmung mit den betroffenen Mitgliedstaaten im Hinblick auf gleichwertige Regelungen in diesen Staaten noch nicht stattgefunden hat und sie daher die in Artikel 20 Absatz 6 genannte Erklärung zu den Modalitäten der Ausübung des Nacheilrechts in ihrem Hoheitsgebiet nicht abgeben kann. Die Slowakische Republik wird die Erklärung abgeben, sobald die Abstimmung mit den betroffenen Mitgliedstaaten erfolgt ist.

Zu Artikel 20 Absatz 8:

Die Slowakische Republik erklärt, dass sie die Bestimmungen des Artikels 20 mit folgender Maßgabe akzeptiert: Im Fall einer grenzüberschreitenden Nacheile durch die Zollbehörden eines anderen Mitgliedstaats oder im Luftraum darf die Nacheile im slowakischen Hoheitsgebiet, auch im Luftraum über dem slowakischen Hoheitsgebiet, nur dann fortgesetzt werden, wenn die zuständigen slowakischen Behörden ihr vorher zugestimmt und die Mitgliedstaaten außerdem den Zollbehörden der Slowakischen Republik im Gegenzug gleiche Möglichkeiten einräumen.

Zu Artikel 21 Absatz 1:

Bedienstete im Sinne dieses Artikels sind in der Slowakischen Republik die Bediensteten der Spezialeinheit der Polizei oder der Zollverwaltung der Slowakischen Republik. Die hierfür zuständige Behörde der Slowakischen Republik ist die Zolldirektion der Slowakischen Republik, Zolldirektionalamt – Zentrale Koordinierungsstelle.

Zu Artikel 21 Absatz 5:

Die Slowakische Republik erklärt, dass sie die Bestimmungen des Artikels 21 mit folgender Maßgabe akzeptiert:

Eine grenzüberschreitende Observierung ohne vorherige Zustimmung gemäß Artikel 21 Absätze 2 und 3 darf nur durchgeführt werden, wenn begründeter Anlass zu der Annahme besteht, dass die zu obser-

in one of the infringements referred to in Article 19 (2), which could give rise to extradition and the same time Member States exercise reciprocal measures to Customs Authorities of the Slovak Republic.

Declaration to Article 26 (4):

The Slovak Republic declares, in accordance with Article 26 (4), that it accepts the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities to give preliminary rulings on the interpretation of this convention pursuant to Article 26 (5)(a), which means, that any court or tribunal against whose decision there is no judicial remedy under national law may request the Court of Justice of the European Communities to give a preliminary rulings on a question raised in a case pending before it and concerning the interpretation of Convention on mutual assistance and cooperation between customs administration if that court or tribunal considers that a decision on the question is necessary to enable it to give judgement.

Declaration to Article 32 (4):

The Slovak Republic declares, in terms of Article 32 paragraph 4 that it will apply the Convention, with the exception of Article 26 thereof, in its relations with Member States that have made the same declaration."

vierende Person in eine Zuwiderhandlung im Sinne von Artikel 19 Absatz 2, die zur Auslieferung führen könnte, verwickelt ist, und wenn die Mitgliedstaaten außerdem den Zollbehörden der Slowakischen Republik im Gegenzug gleiche Möglichkeiten einräumen.

Erklärung zu Artikel 26 Absatz 4:

Die Slowakische Republik erklärt gemäß Artikel 26 Absatz 4, dass sie die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung dieses Übereinkommens im Wege der Vorabentscheidung nach Maßgabe von Artikel 26 Absatz 5 Buchstabe a anerkennt, wonach ein Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eine Frage, die sich bei ihm in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Auslegung des Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bezieht, zur Vorabentscheidung vorlegen kann, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.

Erklärung zu Artikel 32 Absatz 4:

Die Slowakische Republik erklärt nach Artikel 32 Absatz 4 des Übereinkommens, dass sie das Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 26 gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwenden wird."

Slowenien hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 8. Juli 2004 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"Pursuant to Article 20, paragraph 8 of the Convention:

Slovenia declares that it is not bound by Article 20.

Pursuant to Article 21, paragraph 5:

Slovenia declares that it is not bound by Article 21.

Pursuant to Article 23, paragraph 5:

Slovenia declares that it is not bound by Article 23.

Pursuant to Article 26, paragraph 4:

Slovenia accepts the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities to give preliminary rulings on the interpretation of this Convention as specified in paragraph 5(a).

Pursuant to Article 32, paragraph 4:

Slovenia declares that as far as it is concerned this Convention, with the exception of Article 26 thereof, shall apply to its relations with Member States that have made the same declaration."

„Erklärung gemäß Artikel 20 Absatz 8 des Übereinkommens:

Slowenien erklärt, dass es durch Artikel 20 nicht gebunden ist.

Erklärung gemäß Artikel 21 Absatz 5:

Slowenien erklärt, dass es durch Artikel 21 nicht gebunden ist.

Erklärung gemäß Artikel 23 Absatz 5:

Slowenien erklärt, dass es durch Artikel 23 nicht gebunden ist.

Erklärung gemäß Artikel 26 Absatz 4:

Slowenien erklärt, dass es die Zuständigkeit des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften für Vorabentscheidungen zur Auslegung dieses Übereinkommens nach Absatz 5 Buchstabe a anerkennt.

Erklärung gemäß Artikel 32 Absatz 4:

Slowenien erklärt, dass dieses Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 26 für Slowenien gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar ist."

Die Tschechische Republik hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 28. Januar 2005 die folgenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

„1. Re Articles 1(2) and 3(2):

The Czech Republic declares that it interprets the terms 'judicial authorities' and 'judicial authority' in Articles 1(2) and 3(2) of the Convention in the sense of its declarations made pursuant to Article 24 of the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters, signed in Strasbourg on 20 April 1959.

2. Re Article 4(7):

The Czech Republic declares that, as regards cooperation under Title IV of the Convention, 'customs administrations' shall also include the police of the Czech Republic.

3. Re Article 20(1):

The Czech Republic states that the authorisation to act pursuant to this Article shall apply in the Czech Republic to officers of the authorities of the Customs Administration of the Czech Republic, who shall have the status of police authorities under national law, and to the police of the Czech Republic.

4. Re Article 20(6):

The Czech Republic declares that the competent officers of the Member States shall exercise hot pursuit in the territory of the Czech Republic without limit in space or time (Article 20(3)(b)) and may apprehend the person pursued (Article 20(2)(b)). This authorisation shall not apply to officers of Member States which have completely excluded application of this Article pursuant to paragraph 8 thereof.

5. Re Article 21(1):

The Czech Republic states that authorisation to act pursuant to this Article shall apply in the Czech Republic to the authorities of the Customs Administration of the Czech Republic, which shall have the status of police authorities under national law, and to the police of the Czech Republic.

6. Re Article 21(5):

The Czech Republic declares that it accepts the provisions of Article 21 subject to the following conditions: Cross-border surveillance may be carried out pursuant to Article 21(1), (2) and (3) only if there are serious grounds for believing that the persons under observation are involved in one of the infringements referred to in Article 19(2), which carry the maximum sentence of at least one year of imprisonment in the requesting State, and only for the purpose of evidence in criminal proceedings.

„1. Zu Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 2:

Die Tschechische Republik erklärt, dass sie die Begriffe ‚Justizbehörden‘ bzw. ‚Justizbehörde‘ in Artikel 1 Absatz 2 bzw. Artikel 3 Absatz 2 des Übereinkommens im Sinne der Erklärungen auslegt, die sie gemäß Artikel 24 des am 20. April 1959 in Straßburg unterzeichneten Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen abgegeben hat.

2. Zu Artikel 4 Absatz 7:

Die Tschechische Republik erklärt, dass für die Zwecke der Zusammenarbeit gemäß Titel IV des Übereinkommens der Begriff ‚Zollverwaltungen‘ auch die Polizei der Tschechischen Republik umfasst.

3. Zu Artikel 20 Absatz 1:

Die Tschechische Republik erklärt, dass in der Tschechischen Republik die Beamten der Organe der Zollverwaltung der Tschechischen Republik, die gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften den Status von Polizeiorganen haben, sowie die Polizei der Tschechischen Republik die Befugnis zum Vorgehen gemäß diesem Artikel haben.

4. Zu Artikel 20 Absatz 6:

Die Tschechische Republik erklärt, dass die zuständigen Beamten der Mitgliedstaaten im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik zur grenzüberschreitenden Nach-eile ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung (Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe b) und zum Festhalten der Person (Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b) befugt sind. Diese Befugnisse gelten nicht für Beamte derjenigen Mitgliedstaaten, die gemäß Absatz 8 die Geltung dieses gesamten Artikels für sich ausgeschlossen haben.

5. Zu Artikel 21 Absatz 1:

Die Tschechische Republik erklärt, dass in der Tschechischen Republik die Organe der Zollverwaltung der Tschechischen Republik, die gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften den Status von Polizeiorganen haben, sowie die Polizei der Tschechischen Republik die Befugnis zum Vorgehen gemäß diesem Artikel haben.

6. Zu Artikel 21 Absatz 5:

Die Tschechische Republik erklärt, dass sie die Bestimmungen des Artikels 21 unter folgenden Voraussetzungen anerkennt: Die grenzüberschreitende Observation darf nur dann gemäß Artikel 21 Absätze 1, 2 und 3 durchgeführt werden, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass die observierten Personen in eine der in Artikel 19 Absatz 2 genannten Zuwiderhandlungen verwickelt sind, sofern im ersuchenden Staat als Obergrenze des Strafmaßes dafür mindestens 1 Jahr Freiheitsentzug festgesetzt ist, und ausschließlich zum Zwecke der Beweisaufnahme in einem Strafverfahren.

7. Re Article 26(4):

The Czech Republic declares that it accepts the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities under Article 26(5)(b) of the Convention drawn up on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, on mutual assistance and cooperation between customs administrations.

The Czech Republic reserves the right to provide in its national law that, where a question relating to the interpretation of the Convention drawn up on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, on mutual assistance and cooperation between customs administrations is raised in a case pending before a national court or tribunal against whose decision there is no judicial remedy under national law, that court or tribunal be required to refer the matter to the Court of Justice of the European Communities.

8. Re Article 32(4):

The Czech Republic declares, in terms of Article 32 paragraph 4, that as far as it is concerned this Convention, with the exception of Article 26 thereof, shall apply to its relations with the Member States that have made the same declaration."

7. Gemäß Artikel 26 Absatz 4:

Die Tschechische Republik erklärt, dass sie die Zuständigkeit des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften gemäß Artikel 26 Absatz 5 Buchstabe b des Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen anerkennt.

Die Tschechische Republik behält sich das Recht vor, in ihrem innerstaatlichen Recht zu bestimmen, dass ein nationales Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, verpflichtet ist, den Gerichtshof anzurufen, wenn sich in einem schwebenden Verfahren eine Frage der Auslegung des Übereinkommens aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen stellt.

8. Zu Artikel 32 Absatz 4:

Die Tschechische Republik erklärt, dass dieses Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 26 für die Tschechische Republik gegenüber den Mitgliedstaaten, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar ist."

Zypern hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 15. Juli 2004 die folgende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung des Ratssekretariats)

"Pursuant to paragraph (4) of Article 32 of the Convention, drawn up on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, on Mutual Assistance and Cooperation between Customs Administrations, the Republic of Cyprus declares that, until the Convention enters into force, the Convention shall apply to the Republic of Cyprus, with the exception of Article 26 thereof, in its relations with Member States, which have made the same declaration on the basis of paragraph (4) of Article 32 of the Convention."

„Gemäß Artikel 32 Absatz 4 des aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union ausgearbeiteten Übereinkommens über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen erklärt die Republik Zypern, dass dieses Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten mit Ausnahme des Artikels 26 für die Republik Zypern gegenüber den Mitgliedstaaten, die aufgrund von Artikel 32 Absatz 4 des Übereinkommens eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben, anwendbar ist.“

III.

Frankreich hat dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union am 25. Juli 2005 die Rücknahme seiner Erklärung zu Artikel 23 des Übereinkommens (vgl. die Bekanntmachung vom 17. April 2003, BGBl. II S. 518) notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Februar 2006 (BGBl. II S. 269).

Berlin, den 11. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 19. Januar 2010

Das Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 1506, 1508) zum Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741, 1742) ist nach seinem Artikel 37 Absatz 2 für

Bosnien und Herzegowina

am 30. Dezember 2009

Komoren

am 23. Juni 2009

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Januar 2009 (BGBl. II S. 191).

Berlin, den 19. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls vom 7. Dezember 2005
zur Änderung des Abkommens vom 20. Juni 1996
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinten Nationen
und dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens
der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
über den Sitz des Sekretariats des Übereinkommens**

Vom 19. Januar 2010

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 1. April 2009 zu dem Protokoll vom 7. Dezember 2005 zur Änderung des Abkommens vom 20. Juni 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinten Nationen und dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen über den Sitz des Sekretariats des Übereinkommens (BGBl. 2009 II S. 294, 295) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel 2 Absatz 2

am 27. November 2009

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 19. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über Staatenimmunität

Vom 20. Januar 2010

Belgien hat am 23. September 2003 dem Generalsekretariat des Europarats nachstehende Erklärung zum Europäischen Übereinkommen vom 16. Mai 1972 über Staatenimmunität (BGBl. 1990 II S. 34, 35) notifiziert:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 28, paragraph 2, of the Convention, the Kingdom of Belgium declares that the French Community, the Flemish Community and the German-speaking Community as well as the Walloon Region, the Flemish Region and the Brussels-Capital Region may invoke the provisions of the European Convention on State Immunity applicable to Contracting States, and have the same obligations.”

„In Übereinstimmung mit Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt das Königreich Belgien, dass die Französische Gemeinschaft, die Flämische Gemeinschaft und die Deutschsprachige Gemeinschaft sowie die Wallonische Region, die Flämische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt sich auf die für Vertragsstaaten geltenden Vorschriften des Europäischen Übereinkommens über Staatenimmunität berufen können und die gleichen Pflichten haben wie diese.“

Das Vereinigte Königreich hat am 18. November 2009 dem Generalsekretariat des Europarats folgende Erklärung gemäß Artikel 41 des Übereinkommens notifiziert:

(Übersetzung)

“I have the honour to inform you that, pursuant to the St Helena, Ascension and Tristan da Cunha Constitution Order 2009 (United Kingdom Statutory Instrument 2009/1751), the name of the British overseas territory formerly called ‘St Helena and Dependencies’ has been changed to ‘St Helena, Ascension and Tristan da Cunha’. The status of the territory as a British overseas territory is unchanged, and accordingly the United Kingdom remains responsible for its external relations. To the extent that treaties extend to St Helena and Dependencies, they continue to extend to St Helena, Ascension and Tristan da Cunha.”

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass nach der Verfassungsverordnung von 2009 betreffend St. Helena, Ascension und Tristan da Cunha (Rechtsverordnung 2009/1751 des Vereinigten Königreichs) der Name des ehemals als ‚St. Helena und Nebengebiete‘ bezeichneten Britischen Überseegebiets geändert wurde in ‚St. Helena, Ascension und Tristan da Cunha‘. Der Status des Hoheitsgebiets als Britisches Überseegebiet bleibt unverändert, und dementsprechend bleibt das Vereinigte Königreich für dessen auswärtige Beziehungen verantwortlich. Soweit Verträge sich auf St. Helena und Nebengebiete erstrecken, erstrecken sie sich weiterhin auf St. Helena, Ascension und Tristan da Cunha.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. September 1992 (BGBl. II S. 1066).

Berlin, den 20. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität**

Vom 26. Januar 2010

I.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (BGBl. 2005 II S. 954, 956) ist nach seinem Artikel 38 Absatz 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Syrien	am	8. April 2009
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Timor-Leste	am	9. Dezember 2009
Tschad	am	17. September 2009.

II.

Syrien hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 8. April 2009 den folgenden Vorbehalt abgegeben:

(Übersetzung)

„Syria expresses a reservation with respect to article 35, paragraph 2 of the Convention.“	„Syrien bringt einen Vorbehalt zu Artikel 35 Absatz 2 des Übereinkommens an.“
--	---

III.

Polen hat am 26. Juni 2009 die folgende Notifikation abgegeben:

(Übersetzung)

“With reference to Article 31 paragraph 6 of the United Nations Convention against Transnational Organized Crime, the Republic of Poland hereby declares that the authority that may assist other States Parties in developing measures to prevent transnational organized crime is: National Prosecutor’s Office; Bureau for Organized Crime Address: ul. Barska 28/30 02-315 Warsaw, Poland Tel: 0048 22 31 89 700 Fax: 0048 22 31 89 701.”	„Unter Bezugnahme auf Artikel 31 Absatz 6 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität erklärt die Republik Polen hiermit, dass die Behörde, die anderen Vertragsstaaten bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verhütung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität behilflich sein kann, die folgende ist: National Prosecutor’s Office; Bureau for Organized Crime [Amt des Generalstaatsanwalts; Büro für organisierte Kriminalität] Adresse: ul. Barska 28/30 02-315 Warschau, Polen Tel.: 0048 22 31 89 700 Fax: 0048 22 31 89 701.“
---	--

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. August 2009 (BGBl. II S. 1158).

Berlin, den 26. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen

Vom 27. Januar 2010

I.

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) ist nach seinem Artikel 39 Absatz 5 im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu folgenden weiteren Staaten in Kraft getreten:

Bosnien und Herzegowina	am 19. Januar 2010
Island	am 19. Januar 2010
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen	
Liechtenstein	am 19. Januar 2010
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen.	

II.

Island hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 10. November 2009 folgende Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 33, paragraph 1, of the Convention, Iceland excludes the application of paragraph 2 of Article 4 of the Convention to the effect that Letters of Request in the French language or translations into that language will not be accepted.

Iceland declares, in accordance with Article 8 of the Convention, that members of the judicial personnel of the requesting authority of another Contracting State may be present at the execution of a Letter of Request if prior permission has been granted by the Ministry of Justice and Ecclesiastical Affairs.

In accordance with Article 15, paragraph 2, of the Convention, Iceland declares that evidence may be taken by a diplomatic officer or consular agent only if permission to that effect has been given by the Ministry of Justice and Ecclesiastical Affairs upon application made by him or on his behalf.

In accordance with Article 23, Iceland declares that it will not execute Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents as known in Common Law countries.”

„Im Einklang mit Artikel 33 Absatz 1 des Übereinkommens schließt Island die Anwendung des Artikels 4 Absatz 2 des Übereinkommens dahin gehend aus, dass Rechtshilfeersuchen in französischer Sprache oder Übersetzungen in diese Sprache nicht entgegengenommen werden.

Island erklärt im Einklang mit Artikel 8 des Übereinkommens, dass Mitglieder der ersuchenden gerichtlichen Behörde eines anderen Vertragsstaats bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens anwesend sein können, sofern hierfür die vorherige Genehmigung durch das Ministerium für Justiz und Kirchenangelegenheiten erteilt wurde.

Im Einklang mit Artikel 15 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt Island, dass Beweis durch einen diplomatischen oder konsularischen Vertreter erst nach Vorliegen einer Genehmigung aufgenommen werden darf, die das Ministerium für Justiz und Kirchenangelegenheiten auf einen von dem Vertreter oder in seinem Namen gestellten Antrag erteilt.

Im Einklang mit Artikel 23 erklärt Island, dass es Rechtshilfeersuchen nicht erledigen wird, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des ‚Common Law‘ unter der Bezeichnung ‚pre-trial discovery of document‘ bekannt ist.“

Liechtenstein hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 10. November 2009 folgende Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

“Declaration concerning Article 4 of the Convention:

Pursuant to Articles 33 and 35 of the Convention, the Principality of Liechtenstein declares that, with reference to Art-

„Erklärung zu Artikel 4 des Übereinkommens:

Nach den Artikeln 33 und 35 des Übereinkommens erklärt das Fürstentum Liechtenstein, dass unter Verweis auf Artikel 4

icle 4 (2) and (3) of the Convention, Letters of Request and their annexes must be in German or accompanied by a translation into German. The confirmation of the execution of the request will be in German.

Declaration concerning Article 8 of the Convention:

Pursuant to Article 35 (2) of the Convention, the Principality of Liechtenstein declares that members of the judicial personnel of the requesting authorities who are part of the proceedings of a Contracting State may be present at the execution of a Letter of Request, if they have received prior authorization by the authorities that are competent for the execution.

Declaration concerning Article 11 of the Convention:

Pursuant to Article 11 of the Convention, the Principality of Liechtenstein recognizes the privileges and duties of the person concerned to refuse to give evidence in so far as the person has these privileges and duties under the law of his State of origin.

Declaration concerning Articles 15, 16 and 17 of the Convention:

Pursuant to Article 35 of the Convention, the Principality of Liechtenstein declares that the taking of evidence as referred to in Articles 15, 16 and 17 of the Convention is subject to prior permission by the Government of the Principality of Liechtenstein.

Declaration concerning Article 18 of the Convention:

The Principality of Liechtenstein does not grant any assistance by measures of compulsion to diplomatic officers or consular agents acting under Articles 15, 16 and 17 of the Convention.

Declaration concerning Article 23 of the Convention:

Pursuant to Article 23 of the Convention, the Principality of Liechtenstein declares that Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents will not be executed."

Absätze 2 und 3 des Übereinkommens Rechtshilfeersuchen und ihre Anlagen in deutscher Sprache abgefasst werden oder von einer Übersetzung ins Deutsche begleitet sein müssen. Die Bestätigung der Erledigung des Ersuchens wird in deutscher Sprache abgefasst.

Erklärung zu Artikel 8 des Übereinkommens:

Nach Artikel 35 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt das Fürstentum Liechtenstein, dass Mitglieder der an einem Verfahren eines Vertragsstaats beteiligten ersuchenden gerichtlichen Behörden bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens anwesend sein können, sofern sie hierfür die vorherige Genehmigung durch die für die Erledigung zuständigen Behörden erhalten haben.

Erklärung zu Artikel 11 des Übereinkommens:

Nach Artikel 11 des Übereinkommens erkennt das Fürstentum Liechtenstein die Aussageverweigerungsrechte und Aussageverbote der Person, die es betrifft, an, sofern die Aussageverweigerungsrechte und Aussageverbote für die Person nach dem Recht des ersuchenden Staates bestehen.

Erklärung zu den Artikeln 15, 16 und 17 des Übereinkommens:

Nach Artikel 35 des Übereinkommens erklärt das Fürstentum Liechtenstein, dass die in den Artikeln 15, 16 und 17 des Übereinkommens bezeichnete Beweisaufnahme der vorherigen Genehmigung durch die Regierung des Fürstentums Liechtenstein unterliegt.

Erklärung zu Artikel 18 des Übereinkommens:

Das Fürstentum Liechtenstein gewährt diplomatischen oder konsularischen Vertretern, die nach den Artikeln 15, 16 und 17 tätig werden, keine Unterstützung durch Zwangsmaßnahmen.

Erklärung zu Artikel 23 des Übereinkommens:

Nach Artikel 23 des Übereinkommens erklärt das Fürstentum Liechtenstein, dass Rechtshilfeersuchen, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das unter der Bezeichnung „pre-trial discovery of documents“ bekannt ist, nicht erledigt werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 2009 (BGBl. 2010 II S. 8).

Berlin, den 27. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation**

Vom 28. Januar 2010

I.

Das Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation (BGBl. 1965 II S. 875, 876) wird nach seinem Artikel 12 Absatz 3 für

Kap Verde am 13. Februar 2010
in Kraft treten.

II.

Die Dominikanische Republik hat am 12. Dezember 2008 ihren Beitritt gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens erklärt. Die Bundesrepublik Deutschland hat am 30. August 2009 einen Einspruch gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens gegen den Beitritt der Dominikanischen Republik eingelegt. Das Übereinkommen ist somit im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Dominikanischen Republik nicht in Kraft getreten.

Die Mongolei hat am 2. April 2009 ihren Beitritt gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens erklärt. Die Bundesrepublik Deutschland hat am 22. Oktober 2009 einen Einspruch gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens gegen den Beitritt der Mongolei eingelegt. Das Übereinkommen ist somit im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Mongolei nicht in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. April 2009 (BGBl. II S. 596).

Berlin, den 28. Januar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über das teilweise Außerkrafttreten
des deutsch-sowjetischen Vertrags
über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik
im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation**

Vom 3. Februar 2010

Der in Bonn am 9. November 1990 unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik (BGBl. 1991 II S. 798, 799) ist, soweit er sich auf die Zusammenarbeit bei der Errichtung des Bergbau- und

Aufbereitungskombinats für oxidische Erze Kriwoi Rog in der Ukraine bezieht, im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation

am 5. März 2009

außer Kraft getreten. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Russischen Föderation kamen durch Austausch von Verbalnoten am 9. Oktober 2008/5. März 2009 überein, den Vertrag im beiderseitigen Verhältnis als außer Kraft getreten zu betrachten, soweit die Zusammenarbeit beim Bau des Bergbau- und Aufbereitungskombinats für oxidische Erze Kriwoi Rog betroffen ist.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Franz Josef Kremp

**Bekanntmachung
über das teilweise Außerkrafttreten
des deutsch-sowjetischen Vertrags
über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik
im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine**

Vom 3. Februar 2010

Der in Bonn am 9. November 1990 unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik (BGBl. 1991 II S. 798, 799) ist, soweit er sich auf die Zusammenarbeit bei der Errichtung des Bergbau- und Aufbereitungskombinats für oxidische Erze Kriwoi Rog in der Ukraine bezieht, im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine

am 19. Mai 2009

außer Kraft getreten. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat der Regierung der Ukraine an diesem Tag unter Bezugnahme auf Artikel 62 Absatz 1 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926, 927) per Verbalnote die Beendigung des Vertrages erklärt, soweit die Zusammenarbeit beim Bau des Bergbau- und Aufbereitungskombinats für oxidische Erze Kriwoi Rog betroffen ist.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Franz Josef Kremp

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-armenischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. Februar 2010

Das in Eriwan am 11. April 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über Finanzielle Zusammenarbeit 2000 (BGBl. 2001 II S. 799, 800) ist nach seinem Artikel 5

am 1. November 2001

in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Franz Josef Kremp

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-armenischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. Februar 2010

Das in Eriwan am 16. Mai 2008 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über Finanzielle Zusammenarbeit 2007 – 2008 (BGBl. 2008 II S. 764, 765) ist nach seinem Artikel 7

am 3. Juli 2008

in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Franz Josef Kremp

**Bekanntmachung
des deutsch-nepalesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 4. Februar 2010

Das in Kathmandu am 30. April 2004 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal
über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 ist nach seinem
Artikel 5

am 30. April 2004

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. Februar 2010

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Harald Klein

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und Seiner Majestät Regierung von Nepal
über Finanzielle Zusammenarbeit 2003**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

Seiner Majestät Regierung von Nepal –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Nepal,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Nepal beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnoten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kathmandu vom 23. Oktober 2003 und vom 8. Dezember 2003 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es Seiner Majestät Regierung von Nepal und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Bankengruppe, Frankfurt am Main, einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 8 000 000,- EUR (in Worten: acht Millionen Euro) für das Vorhaben „Wasserkraftwerk Middle Marsyangdi“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es Seiner Majestät Regierung von Nepal zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1

genannten Vorhabens von der KfW Bankengruppe zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW Bankengruppe und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2011.

(3) Seiner Majestät Regierung von Nepal, soweit sie nicht selbst Empfängerin des Finanzierungsbeitrages ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Seiner Majestät Regierung von Nepal stellt die KfW Bankengruppe von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge im Königreich Nepal erhoben werden.

Artikel 4

Seiner Majestät Regierung von Nepal überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kathmandu am 30. April 2004 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Rüdiger Lemp

Für Seiner Majestät Regierung von Nepal
Bhanu Prasad Acharya

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen**

Vom 9. Februar 2010

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) ist nach seinem Artikel 25 Absatz 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Antigua und Barbuda	am 31. Dezember 2009
Brasilien	am 25. Oktober 2009
Kuba	am 17. Juli 2009
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Notifikationen	
Liechtenstein	am 25. Oktober 2009
Mali	am 5. Dezember 2009
Peru	am 28. Juni 2009
Salomonen	am 24. Oktober 2009
Slowenien	am 16. Januar 2010
Vereinigtes Königreich	am 24. Oktober 2009.

II.

Kuba hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 17. Juni 2009 die folgenden Notifikationen abgegeben:

(Übersetzung)

„Reservation

The Republic of Cuba declares, pursuant to article 23, paragraph 2, that it does not consider itself bound by the provisions of paragraph 1 of this article with respect to the settlement of disputes arising between States Parties which, in its view, should be resolved through amicable negotiations, and it also declares that it does not recognize the compulsory jurisdiction of the International Court of Justice.

Declarations

The Republic of Cuba declares that nothing in article 4, paragraph 2, can be construed as encouraging or condoning the use or threat of use of force in international relations which should, in all circumstances, be strictly governed by the principles of international law and the purposes and principles of the Charter of the United Nations.

Cuba also holds the view that the relations between States should be based on the provisions of General Assembly resolution 2625 (XXV).

Furthermore, State terrorism has historically been a fundamental concern for Cuba, which believes that its total eradication through mutual respect, friendly relations and cooperation among States, and

„Vorbehalt

Die Republik Kuba erklärt nach Artikel 23 Absatz 2, dass sie sich durch Absatz 1 dieses Artikels im Hinblick auf die Beilegung von zwischen den Vertragsstaaten entstehenden Streitigkeiten nicht als gebunden betrachtet; nach ihrer Auffassung sollen solche Streitigkeiten gütlich durch Verhandlungen beigelegt werden; sie erklärt ferner, dass sie die obligatorische Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs nicht anerkennt.

Erklärungen

Die Republik Kuba erklärt, dass Artikel 4 Absatz 2 nicht so ausgelegt werden kann, als fördere oder dulde er die Anwendung oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, die unter allen Umständen strikt nach den Grundsätzen des Völkerrechts sowie entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen gestaltet sein sollen.

Kuba ist ferner der Auffassung, dass die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Resolution 2625 (XXV) der Generalversammlung beruhen sollen.

Darüber hinaus stellt Staatsterrorismus für Kuba seit jeher einen gravierenden Anlass zur Sorge dar, und Kuba ist der Auffassung, dass dessen vollständige Abschaffung im Wege gegenseitiger Achtung,

full respect for the principles of sovereignty, territorial integrity, self-determination and non-interference in internal affairs should constitute a priority for the international community.

Therefore, Cuba is firmly of the view that the improper use of the armed forces of a State to commit aggression against another State is not countenanced by this Convention, the purpose of which is specifically to combat one of the most deleterious scourges facing the modern world. To condone acts of aggression would effectively mean to condone breaches of international law and the Charter, and to set off conflicts with unpredictable consequences that would undermine the necessary cohesion of the international community in the fight against the real scourges afflicting the world.

Moreover, it is the understanding of the Republic of Cuba that the full extent of the provisions of this Convention will apply to the activities conducted by the armed forces of a state against another in the absence of an armed conflict between the two.

Lastly, Cuba wishes to place on record that a United States naval base is located, against the will of the Cuban people and Government, in the province of Guantanamo, a portion of Cuban territory over which the Cuban State does not exercise its rightful jurisdiction because of the unlawful occupation of such portion of its territory by the United States of America. Consequently, the Government of Cuba assumes no responsibility for that portion of its territory for the purposes of the Treaty, since it does not know whether the United States of America has installed, possesses, maintains or intends to install nuclear material, including nuclear weapons, on that portion of unlawfully occupied Cuban territory."

freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten sowie unter uneingeschränkter Achtung der Grundsätze der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten für die Internationale Gemeinschaft Priorität haben soll.

Deshalb ist Kuba entschieden der Auffassung, dass der unangemessene Einsatz der Streitkräfte eines Staates zur Aggression gegen einen anderen Staat durch das genannte Übereinkommen, dessen Zweck gerade die Bekämpfung einer der verheerendsten Geißeln der modernen Welt ist, nicht geduldet wird. Akte der Aggression zu dulden, hieße letztlich, Verstöße gegen das Völkerrecht und die Charta zu dulden und Konflikte mit unvorhersehbaren Auswirkungen zu entfesseln, was den notwendigen Zusammenhalt der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen die wirklichen Geißeln der Welt untergrübe.

Außerdem geht die Republik Kuba davon aus, dass das genannte Übereinkommen in vollem Umfang auf die Maßnahmen der Streitkräfte eines Staates gegen einen anderen Staat Anwendung findet, sofern zwischen den beiden Staaten kein bewaffneter Konflikt besteht.

Schließlich möchte Kuba daran erinnern, dass sich in der Provinz Guantanamo, einem Teil des kubanischen Hoheitsgebiets, über das der kubanische Staat seine rechtmäßige Hoheitsgewalt nicht ausübt, weil dieser Teil seines Hoheitsgebiets von den Vereinigten Staaten von Amerika unrechtmäßig besetzt ist, gegen den Willen des kubanischen Volkes und der kubanischen Regierung ein Marinestützpunkt der Vereinigten Staaten befindet. Infolgedessen übernimmt die Regierung von Kuba für die Zwecke des Übereinkommens keine Verantwortung für diesen Teil des kubanischen Hoheitsgebiets, da sie nicht weiß, ob die Vereinigten Staaten von Amerika nukleares Material, einschließlich Kernwaffen, in diesem unrechtmäßig besetzten Teil des kubanischen Hoheitsgebiets deponiert oder in ihrem Besitz haben, unterhalten oder zu deponieren beabsichtigen."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. April 2009 (BGBl. II S. 499).

Berlin, den 9. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Zusatzprotokolls vom 8. Dezember 2005
zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949
über die Annahme eines zusätzlichen Schutzzeichens
(Protokoll III)**

Vom 9. Februar 2010

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 17. März 2009 zu dem Zusatzprotokoll vom 8. Dezember 2005 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Annahme eines zusätzlichen Schutzzeichens (Protokoll III) (BGBl. 2009 II S. 222, 223) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 11 Absatz 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 17. Dezember 2009
in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde war am 17. Juni 2009 beim Schweizer Bundesrat als Verwahrer der Abkommen hinterlegt worden.

Das Protokoll ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Australien	am	15. Januar 2010
Chile	am	6. Januar 2010
Dominikanische Republik	am	1. Oktober 2009
Frankreich	am	17. Januar 2010
Kasachstan	am	24. Dezember 2009
Nicaragua	am	2. Oktober 2009
Österreich	am	3. Dezember 2009.

Das Protokoll wird für
Brasilien am 28. Februar 2010
in Kraft treten.

Berlin, den 9. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**

Vom 9. Februar 2010

Das Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 (BGBl. 2001 II S. 1237, 1238) zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II S. 647, 648) ist nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Äquatorialguinea	am 16. Januar 2010
Guinea-Bissau	am 5. November 2009
Ruanda	am 15. März 2009
Turkmenistan	am 20. August 2009.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Januar 2009 (BGBl. II S. 139).

Berlin, den 9. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung**

Vom 9. Februar 2010

Das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. 1990 II S. 206, 207) ist nach seinem Artikel 38 Absatz 5 im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu

Armenien am 1. Oktober 2009
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 2009 (BGBl. 2010 II S. 6).

Berlin, den 9. Februar 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
des deutsch-armenischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 19. Februar 2010

Das in Eriwan am 26. Februar 2009 unterzeichnete Abkommen zur Änderung und Ergänzung des Abkommens vom 7. April 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über Finanzielle Zusammenarbeit zum Vorhaben „Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien“ (Zusagejahr 2003) (BGBl. 2010 II S. 74) ist nach seinem Artikel 3

am 2. April 2009

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Februar 2010

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Sebastian Lesch

**Abkommen
zur Änderung und Ergänzung des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Armenien
über Finanzielle Zusammenarbeit
Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien
(Zusagejahr 2003)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Armenien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Armenien beizutragen,

in dem Wunsch, das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über Finanzielle Zusammenarbeit Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien (Zusagejahr 2003) den geänderten Rechtsvorschriften der Republik Armenien anzupassen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungskonsultationen vom 25. bis 26. Mai 2004 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 3 des Abkommens vom 7. April 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung

der Republik Armenien über Finanzielle Zusammenarbeit Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien wird wie folgt geändert:

1. Dem bisherigen Wortlaut wird die Absatznummer „(1)“ vorangestellt.
2. Der bisherige Wortlaut wird um einen Absatz 2 mit dem folgenden Wortlaut ergänzt:

„(2) Die im Rahmen des in Artikel 1 genannten Vorhabens in der Republik Armenien anfallenden Steuern und sonstigen Abgaben für Lieferungen und Leistungen werden durch die Regierung der Republik Armenien, jedoch nicht aus den in Artikel 1 erwähnten Darlehen und Finanzierungsbeiträgen finanziert. Hierfür stellt die Regierung der Republik Armenien entsprechende eigene Budgetmittel zur Verfügung.“

Artikel 2

Die übrigen Bestimmungen des Abkommens vom 7. April 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Armenien über Finanzielle Zusammenarbeit Naturschutzprogramm Südkaukasus – Armenien bleiben unberührt.

Artikel 3

Dieses Abkommens tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Armenien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Eriwan am 26. Februar 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Melanie Moltmann

Für die Regierung der Republik Armenien
T. Davtyan

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH.

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Neuauflagen
erschienen**

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen

Abgeschlossen am 31. Dezember 2009 – Format DIN A4 – Umfang 792 Seiten

Der Fundstellennachweis A weist die Fundstellen der im Bundesgesetzblatt oder im Bundesanzeiger veröffentlichten, noch geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der Vorschriften, die lediglich der Inkraftsetzung völkerrechtlicher Vereinbarungen dienen, sowie das nach Anlage II des Einigungsvertrages noch fortgeltende Recht der Deutschen Demokratischen Republik nach.

Fundstellennachweis B

**Völkerrechtliche Vereinbarungen
und Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands**

Abgeschlossen am 31. Dezember 2009 – Format DIN A4 – Umfang 952 Seiten

Der Fundstellennachweis B weist die Fundstellen der von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie der Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands nach, die im Bundesgesetzblatt, im Bundesanzeiger oder in deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Einzelstücke können zum Preis von je 34,- € zuzüglich 3,90 € Porto und Verpackung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) bezogen werden. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.